

An die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadt Bensheim
Kirchbergstraße 18

64625 Bensheim

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

wir bitten Sie nachfolgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 09.11.2011 zu nehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- a. Der Magistrat der Stadt Bensheim wird beauftragt, ein Konzept zum Thema „**Erneuerbare Energien in Bensheim**“ zu erstellen.
- b. Dieses soll zuvorderst geeignete Verfahrensschritte aufzeigen, wie die Stadt Bensheim Einfluss bei der Entwicklung von Projekten in Bensheim nehmen kann, um die regionale Erzeugung regenerativer Energie zu verstärken.
- c. Es ist zu ermitteln, welche Flächen geeignet sind (z.B. für die Nutzung von Sonnenenergie, Geothermie, Windenergie, Biomasse, etc.) und wie diese durch bauleitplanerische Verfahrensschritte eine geordnete Entwicklung erhalten können. Zusätzlich sind Rahmenbedingungen zu erarbeiten, die den Einsatz von Brennstoffzellentechnologie ermöglichen.
- d. Des Weiteren ist darzustellen, wie die Interessen der Stadt Bensheim gegenüber potenziellen Investoren geltend gemacht werden können.
- e. Das Konzept soll als einen wesentlichen Aspekt zudem aufzeigen, wie sich Bürgerinnen und Bürger aktiv an solchen Projekten beteiligen können.

Begründung:

Die durch den Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitete Energiewende in Deutschland lässt für Kommunen derzeit neue Chancen entstehen, an diesem Prozess partizipieren zu können und für die Zukunft strukturell Einfluss zu nehmen. Die Koalition aus CDU und GLB macht sich dafür stark, dass die Stadt Bensheim diese Chancen wahrnimmt. Der größtmögliche Einfluss ist hier geltend zu machen, um die Entwicklung zur stärkeren regenerativen Energieerzeugung aktiv zu gestalten, und durch geeignete Steuerungsmöglichkeiten eine geordnete Entwicklung zu ermöglichen. Ziel muss es sein, mit den geeigneten Verfahrensinstrumenten vernünftige Projekte durch Investoren an geeigneten Standorten zuzulassen. Hierbei ist die Steuerungsmöglichkeit der Stadt sinnvoll und notwendig. Durch einen Beteiligungsprozess sind die Bürgerinnen und Bürger bei solchen Projekten einzubinden, um die erforderliche Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen.



CDU-Fraktion

stv. **Fraktionsvorsitzender**



GLB-Fraktion

Fraktionsvorsitzende